

Weg mit dem PKK-Verbot! Befreiungskampf ist kein Verbrechen!

5. 12. 2014/15 Uhr



Die MLPD **protestiert entschieden gegen das Verbot der Großdemonstration** gegen das PKK-Verbot am 6. 12. in Köln. Erlaubt sind dagegen Nazi-Aufmärsche wie vor kurzem durch die „HoGeSa“ in Köln, die randalierend durch die Stadt zogen. Der Staatsapparat hetzt antikommunistisch gegen die Demonstration am 6. 12. und diffamiert kurdische Befreiungsorganisationen und fortschrittliche und revolutionäre deutsche Organisationen wie die MLPD. Er fabuliert von „hoher Gewaltbereitschaft“, während in Wahrheit die Polizei eine Bürgerkriegsübung vorbereitet. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Tausenden Demokraten, Internationalisten und Revolutionären das Demonstrationsrecht verweigert werden und sie sich auf eine „stehende Kundgebung“ beschränken sollen.

• **Sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbots am 6. 12. in Köln! Für uneingeschränkte Versammlungsfreiheit auf antifaschistischer Grundlage!**

Seit 1993 besteht in Deutschland das reaktionäre Verbot der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Zehntausende Kurden wurden seitdem kriminalisiert. Dutzende der PKK angeblich nahestehende Vereine und Veranstaltungen wurden seitdem verboten. Mit dem PKK-Verbot und den sogenannten „Anti-Terror-Gesetzen“ wird der berechtigte Kampf für nationale und soziale Befreiung und die internationale Solidarität diskriminiert und kriminalisiert. Bis heute werden angebliche Funktionäre der PKK wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ oder „terroristischen“ Vereinigung (§ 129, 129a und 129b des deutschen Strafgesetzbuches) verfolgt und von den „Staatsschutzsenaten“ der Oberlandesgerichte zu hohen Haftstrafen verurteilt. Jüngstes Beispiel ist der im August 2014 festgenommene Mehmet Demir.

Es ist Ausdruck des rebellischen Geistes des kurdischen Widerstandes und der internationalen Solidarität, dass dieses Verbot nie akzeptiert wurde. Der **Befreiungskampf gegen den Imperialismus ist kein Verbrechen**, er ist gerechtfertigt. Für die MLPD und ihren Jugendverband REBELL war und ist es selbstverständlich, dem kurdischen Volk ihre uneingeschränkte internationale Solidarität zukommen zu lassen und niemals vor Hetze, Lügen oder Unterdrückung gegen den gerechten Befreiungskampf in die Knie zu

gehen. Unter fortschrittlichen Menschen und Kurden gerät das **PKK-Verbot immer mehr in die Kritik**. Immer mehr Menschen, Politiker verschiedenster Parteien, Vereine und Initiativen fordern inzwischen die Aufhebung des PKK-Verbots. Es kann und muss durch **aktiven Widerstand** zu Fall gebracht werden.

- **Sofortige Aufhebung des PKK-Verbots und der die internationale Solidarität kriminalisierende Rechtsprechung!**
- **Aufhebung des Waffenembargos gegen PKK/YPG+YPJ!**
- **Streichung der PKK von den sogenannten „Antiterrorlisten“!**
- **Sofortige Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen und Einstellung aller Verfahren!**
- **Für Erhalt und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten!**

Demagogisch fordert die deutsche Regierung gegenüber der türkischen Regierung mehr Rechte und Freiheiten in der Türkei und pflegt den Mythos des demokratischen Deutschlands, während sie am Verbot der PKK in Deutschland festhält. Der PKK-Führer Abdullah Öcalan wurde 1999 durch ein internationales Komplott, an dem die deutschen Geheimdienste beteiligt waren, unter Verstoß gegen das Völkerrecht entführt und wird bis heute in Haft gehalten.

- **Freiheit für Abdullah Öcalan!**

Die Kurdenpolitik der Bundesregierung steht zunehmend in der Kritik. Sie ist heuchlerisch. Mit dem türkischen Erdogan-Regime besteht eine enge Zusammenarbeit. Während demokratische und fortschrittliche Organisationen unterdrückt werden, dürfen türkische Faschisten wie die „Grauen Wölfe“ legal öffentlich auftreten und wurde in Deutschland der Aufbau von Strukturen der faschistischen IS ermöglicht. Unwiderrspochen von Kanzlerin Merkel setzt der türkische Präsident Erdogan die PKK mit dem faschistischen IS als „Terroristen“ gleich. Gleichzeitig erhalten deutsche **Neonazis und faschistoide** Kräfte Spielraum für ihre Hetze und Attacken gegen Flüchtlinge und alle fortschrittlichen Kräfte.

- **Verbot und internationale Ächtung der faschistischen IS und aller faschistischen Organisationen!**

Deutschland ist das einzige EU-Land, das solche reaktionären Parteienverbote wie das PKK-Verbot praktiziert. Es basiert auf dem bis heute gültigen **Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands** (KPD) von 1956, das sich direkt gegen revolutionäre Parteien wie die MLPD richtet.

• **Gib Antikommunismus keine Chance!**

Es ist völlig richtig, dass am 6.12. auch gegen die **reaktionäre Flüchtlingspolitik** der Bundesregierung protestiert wird. Die bürgerliche Migrationspolitik rühmt sich der Zuwanderung, wenn sie den Profitinteressen der Monopole dient. Andere lässt man im Mittelmeer gestützt auf Frontex ertrinken, diskriminiert sie, wenn sie es doch nach Deutschland schaffen können. Am 3.12. hat sich die Bundesregierung auf eine Verschärfung des Aufenthalts- und Asylrechts geeinigt. Sie will die Möglichkeit zur Inhaftierung Schutzsuchender ausweiten, Abschiebungen erleichtern und das Bleiberecht willkürlich aushöhlen.

• **Uneingeschränktes Asylrecht für politisch verfolgte Demokraten, Antifaschisten und Marxisten-Leninisten!**

• **Für den Schutz aller Flüchtlinge und für die Anerkennung ihrer Rechte in einer internationalen Konvention!**

Die MLPD ruft die Migrantinnen und Migranten auf, sich **aktiv am Klassenkampf in Deutschland** zu beteiligen. Das würde auch den Kampf in Kurdistan in einer besonderen Art und Weise unterstützen. Die Klassensolidarität der Arbeiterklasse ist und bleibt das wichtigste Band im Kampf für Freiheit, Demokratie und echten Sozialismus!

Die überwältigende Mehrheit der Migranten zählt zur Arbeiterklasse. Statt sich in unterschiedliche Nationalitäten aufspalten zu lassen, gilt im Sinne des proletarischen Internationalismus: **Arbeiter gleich welcher Nationalität – eine Klasse, ein Gegner, ein Kampf!** Kämpfen wir gemeinsam für die **revolutionäre Überwindung jeder kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung!** Die klassenbewussten Migranten als Teil des Klassenkampfes in den jeweiligen Ländern, wo sie dauerhaft leben, sollten sich deshalb in den revolutionären Organisationen dieser Länder organisieren.

• **Für den echten Sozialismus!**

• **Stärkt die MLPD und ihren Jugendverband REBELL!**

Die mit der PKK verbundenen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) in Rojava und die Guerillaeinheiten der PKK haben sich als entscheidende Kraft gegen die faschistische IS erwiesen. Sie schlagen seit dem 15. September 2014 die Versuche der IS-Faschisten, Kobanê in Rojava einzunehmen, erfolgreich zurück.

Die politische, moralische und finanzielle Unterstützung des kurdischen Freiheitskampfes muss weltweit mit einer **Stärkung der**

antiimperialistischen und revolutionären Kräfte verbunden sein. Die ICOR, die Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen (www.icor.info), zu deren 47 Mitgliedsorganisationen die MLPD gehört, tritt für einen **Solidaritätspakt** zwischen der ICOR und dem kurdischen Befreiungskampf ein. Sein Grundgedanke ist die Selbstverpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung.

• **Freiheit für Kurdistan!**

• **Hoch die internationale Solidarität!**

• **Proletarier aller Länder, vereinigt euch!**

• **Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!**

• **Vorwärts zu den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt!**

„Solidarität mit den Völkern des Mittleren Ostens! Verteidigen wir das revolutionäre Rojava und den Widerstand in Palästina!“

So heißt der Titel der Abschlusserklärung des „Treffen Mittlerer Osten“ am 15.11.2014.

„... Wir fordern die sofortige Aufhebung des PKK-Verbots und der die internationale Solidarität kriminalisierende Rechtsprechung! Wir rufen alle antifaschistischen, antiimperialistischen, fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen auf, unterstützt die Verteidigung von Kobanê und Rojava, unterstützt den Freiheitskampf der Völker des Mittleren Ostens! Wir rufen auf: Bildet Solidaritätskomitees, organisiert Veranstaltungen, Demonstrationen, Besetzungen und Streiks an den Arbeitsplätzen, den Universitäten und Schulen, auf den Straßen und Plätzen. Wir rufen auf: Sammelt Geld- und Materialspenden, schafft Öffentlichkeit; diskutiert und informiert über die aktuelle Situation. Wir rufen auf: Beteiligt euch aktiv am Kampf der Völker des Mittleren Ostens, verteidigt das revolutionäre Rojava durch eure Beteiligung an den internationalen Brigaden! ...“

(Unterzeichner: KCD-E, Nav-Dem, MLKP, MKP, TKP/ML, Rode Morgen, MLPD, REBELL, Kommunistischer Aufbau, CPI, Komala, DFLP, PFLP; vollständige Erklärung auf www.icor.info)

Spendet für Rojava – Winterhilfe dringend nötig!

Ansetzend an der Spendensammlung der ICOR für Rojava 2013 ruft die MLPD dazu auf, Geld, Medikamente und medizinisches Gerät zu spenden.

Spendenkonto: Kontoinhaber: Solidarität International e.V.

IBAN DE11 5019 0000 6100 8005 76

BIC FFVBDEFF, Frankfurter Volksbank

Stichwort „Rojava-ICOR“

Sachspenden können im Büro der ICOR in Gelsenkirchen abgegeben werden:

Buerer Straße 39, 45899 Gelsenkirchen, Tel.: + 0209 3597479

E-Mail: coordinationint@yahoo.co.uk; Mi–Fr 9–18 Uhr

Bochum: Revierweite Kundgebung der Montagsdemonstrationen am 8. Dezember:
„Wir haben die Schließung (von Opel) nie akzeptiert – und tragen die Fackel weiter!“

Montag, 8.12., 17 Uhr, Bochum, Willy-Brandt-Platz/Rathaus
Nähere Informationen: www.bundesweite-montagsdemo.de

täglich **18 Uhr:** aktuelle Infos unter: www.rf-news.de

Jetzt Mitglied in der MLPD werden!

- | | |
|--|---|
| <input type="radio"/> Mitglied werden in der MLPD | <input type="radio"/> 4 Ausgaben (kostenlos) der Wochenzeitung „Rote Fahne“ lesen |
| <input type="radio"/> Mitglied werden im Jugendverband REBELL | <input type="radio"/> ein persönliches Gespräch |
| <input type="radio"/> in einer Initiativgruppe für den Parteiaufbau der MLPD mitmachen | <input type="radio"/> das Parteiprogramm der MLPD (2,00 Euro) |
| <input type="radio"/> Dauerspender der MLPD werden | <input type="radio"/> Informationen zu |

Bitte senden an: **Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststraße 1c, 45899 Gelsenkirchen** (alle Angaben werden vertraulich behandelt)

4. Auflage

Stefan Engel
KATASTROPHENALARM!
Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?

ISBN 978-3-88021-405-7

332 Seiten
17,50 Euro

bestellen bei: **Verlag Neuer Weg**
Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen
Tel.: 0201 25915
E-Mail: vertrieb@neuerweg.de
Webshop: www.people-to-people.de

